



# Die Kinderarmut ist ein gesellschaftlicher Skandal

**Studie: 21,6 Prozent der Kinder in Ostdeutschland wachsen in Hartz-IV-Familien auf**

**Trotz guter Wirtschaftslage wuchsen 2015 bundesweit 14,7 Prozent der Kinder unter 18 Jahren in Familien auf, die Hartz IV beziehen. Im Vergleich zu 2011 ist das ein Anstieg um 0,4 Prozent, so das Ergebnis einer kürzlich veröffentlichten Studie der Bertelsmann Stiftung „Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche“. In Ostdeutschland sank die Quote bis 2015 zwar auf 21,6 Prozent (2011: 24 Prozent), blieb aber auf hohem Niveau. Im Westen stieg sie leicht auf 13,2 Prozent (2011: 12,4 Prozent).**

Besonders Kinder mit nur einem Elternteil oder zwei und mehr Geschwistern sind von Armut betroffen: Von allen Heranwachsenden in staatlicher Grundsicherung lebt die Hälfte bei einem alleinerziehenden Elternteil und 36 Prozent leben in Familien mit drei oder mehr Kindern. Für viele Kinder, die Hartz IV beziehen, ist Armut ein Dauerzustand. 57 Prozent der betroffenen jungen Menschen im Alter von sieben bis unter 15 Jahren bezogen drei Jahre und länger staatliche Unterstützung nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II).

In Thüringen wuchsen im vergangenen Jahr mehr als 48.600 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Familien auf, die Grundsicherungsleistungen bezogen. Das waren 3720 Mädchen und Jungen weniger als noch im Jahr 2011. Der Anteil der von Sozialleistungen lebenden Kinder verringerte sich damit um 2,1 Punkte auf 18 Prozent.

Das ist der niedrigste Wert in Ostdeutschland. Allerdings gibt es erhebliche regionale Unterschiede. Besonders hoch ist die Kinderarmut in den Städten, sie betrifft in Gera etwa mehr als jedes vierte Kind. Auch in Erfurt (24,2 Prozent) und in Eisenach (20,3 Prozent) lag der Anteil relativ hoch. Die wenigsten Kinder in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften gab es im Eichsfeld und im Kreis Hildburghausen (jeweils 8,4 Prozent) sowie im Wartburgkreis (8,8 Prozent). Mehr als die Hälfte der Betroffenen in Thüringen (53,6 Prozent) war mehr als drei Jahre auf Grundsicherung angewiesen.

### Rückgang in Thüringen durch Einführung des Mindestlohns

„Es ist zwar erfreulich, dass in Thüringen im Vergleich zu anderen ostdeutschen Bundesländern die Kinderarmut zurückgegangen ist, aber der immer noch viel zu hohe Anteil armer Kinder in der gesamten Bundesrepublik ist ein gesellschaftspolitischer Skandal“, kommentierte Karola Stange, Sprecherin für Sozialpolitik der Linksfraktion, die Ergebnisse der Bertelsmann-Studie. „Wir freuen uns über den Rückgang des Anteils der Kinder in Hartz-IV-Familien in Thüringen. Dies ist ein Ergebnis der Einführung des Mindestlohns, den DIE LINKE immer gefordert hat, und der sich bei dem Thüringer Lohnniveau hier stärker ausgewirkt hat als in anderen Ländern. Die Situation in Gera und Erfurt, wo etwa ein Viertel der Kinder nach wie vor unter Ar-

mutsbedingungen aufwächst, macht aber den ungebremsten Handlungsbedarf deutlich. Dies darf eine so reiche Gesellschaft wie die unsere nicht hinnehmen!“

### „Perspektivisch brauchen wir eine Kindergrundsicherung“

„Für eines der reichsten Länder der Erde ist es beschämend, dass Kinder und Jugendliche überdurchschnittlich von finanziellen Problemen und Einschränkungen betroffen sind“, kritisierte die Kinderpolitikerin der Linksfraktion, Kati Engel. „Der fehlende politische Wille der Bundesregierung, endlich Maßnahmen gegen Kinderarmut einzuleiten, führt dazu, dass hunderte tausende Kinder mit mangelhafter Ernährung, nicht ausreichender Gesundheitsversorgung und schlechteren Bildungschancen aufwachsen müssen. Dies ist ein Verbrechen an den kommenden Generationen! Perspektivisch brauchen wir eine eigenständige Kindergrundsicherung.“

Das Deutsche Kinderhilfswerk forderte ebenfalls Bundesregierung und Bundestag auf, endlich eine umfassende Strategie gegen die Kinderarmut in Deutschland auf den Weg zu bringen. Es sei eine Vielzahl an Reformen insbesondere der Sozialgesetze notwendig. Dabei sollten vor allem die Regelsätze für Kinder und Jugendliche, die frühkindliche Bildung, Bildungsgerechtigkeit in der Schule und die Möglichkeiten des gesunden Aufwachsens im Mittelpunkt der Reformen stehen. ■

## KOMMENTIERT:

von Christian Schaft

### Studierbarkeit

*Thüringer Hochschulen haben im vergangenen Jahr mehr als 2,4 Millionen Euro an Gebühren von Langzeitstudenten eingenommen. 2010 verbuchten die vier Universitäten und fünf Fachhochschulen noch mehr als 2,7 Millionen Euro an Langzeitstudiengebühren. Es ist erfreulich, dass die Zahl der gebührenzahlenden Studierenden zurückgegangen ist. Dies ändert aber nichts am Teufelskreis für die verbliebenen 1.237 Studierenden: Mehr arbeiten, um die Gebühren zu zahlen, dadurch weniger Zeit für das Studium, was wiederum die Studiendauer und die Gebührenlast in die Höhe treibt.*

*Statt Bestrafung mit Gebühren sollte es vielmehr um eine Studierbarkeitsgarantie des Curriculums im vorgesehenen Zeitrahmen gehen. Bundesweite Untersuchungen haben gezeigt, dass gerade Studierende aus Nicht-Akademiker-Familien überproportional von Langzeitstudiengebühren betroffen sind. Damit wird deren schwierigere Ausgangssituation weiter verschärft, fällt doch in höheren Semestern zusätzlich die Studienfinanzierung über das BAföG weg, sofern dieses überhaupt gezahlt wird. Langzeitstudiengebühren verlängern Studiendauern weiter, animieren im schlimmsten Fall sogar zu Studienabbrüchen kurz vor dem Erreichen des Bildungsziels.*

*Die LINKE wird sich bei der anstehenden Hochschulgesetzes-Novelle dafür einsetzen, diese kontraproduktiven Instrumente zurückzudrängen. Kostenfreiheit ist ein wesentliches Element sozialer und inklusiver Bildung. Die Studierbarkeitsgarantie, die mittelfristig die restriktive Handhabung der Regelstudienzeit ablösen sollte, basiert auf einer gesteigerten Flexibilität und Individualisierung der Studienabläufe, sodass Studierende gemäß ihrer Lebenssituation das Studium anpassen können. Hier müssen alle Spielräume des Thüringer Hochschulgesetzes zugunsten der Studierenden genutzt werden.*

*Leider ist noch immer festzustellen, dass an vielen Hochschulen entsprechende Schritte, wie sie auch die Bologna-Empfehlungen von 2012 vorsahen, nicht implementiert wurden. Nun ist es an der Landesregierung zusammen mit den Koalitionsfraktionen, die vielen Anregungen aus dem Hochschuldialog dazu aufzugreifen und den gesetzlichen Rahmen entsprechend anzupassen.* ■

## AKTUELL

### Jahrestag der Landtagswahl: Start zu mehr Demokratie

„Der Jahrestag der Landtagswahl am 14.9.2014, die zu einer rot-rot-grünen Regierung geführt hat, fiel jetzt fast zeitgleich mit dem Internationalen Tag der Demokratie am 15.9. zusammen. Auch wenn diese Nähe dem Zufall geschuldet ist, bedeutet es doch den Ansporn, alle Möglichkeiten zur Stärkung der Demokratie zu nutzen“, so LINKE-Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow. „Ein besonderes Anliegen der Koalition – ausgehend von der langjährigen Bündnismitgliedschaft in ‚Mehr Demokratie‘ – ist der Ausbau der direkten Demokratie und damit der Mitbestimmung der Bürger. Auch angesichts zurückgehender Wahlbeteiligung wird dieses Instrument immer wichtiger. Wahlen sind nur ein Instrument einer demokratischen Gesell-

schaft. Und Rot-Rot-Grün liefert. Die Demokratie in den Kommunen und dem Land wird gestärkt.“

Der Landtag wird demnächst „Mehr Demokratie in Kommunen“ möglich machen. Das neue Gesetz regelt dann Instrumente, mit denen die Einwohner in ihren Lebensorten Politik noch mehr selbst bestimmen können. Mit den neuen Regelungen zu Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid setzt sich Thüringen bundesweit an die Spitze der direkt-demokratischen Entwicklung auf kommunaler Ebene. Um junge Menschen an Wahlen beteiligen zu können, hat Rot-Rot-Grün das Wahlalter auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre abgesenkt. „Wir streben allerdings auch auf Landesebene das Wahlalter 16 an. Das bedarf einer Verfassungsänderung ebenso wie das

Ausweiten direkter Demokratie. Um Volksbegehren attraktiv und erst einmal in nennenswertem Maße möglich zu machen, will DIE LINKE auch das Finanztabu in der Verfassung kippen. Erst dann ist echte Mitbestimmung auch über finanzwirksame Fragen möglich. Dann sind die vorgeschlagenen fakultativen Referenden möglich und werden nicht nur ein Papiertiger in der Verfassung“, sagt Susanne Hennig-Wellsow.

Am 14. September 2014 schaffte die Landtagswahl in Thüringen die Voraussetzungen für die erste rot-rot-grüne Koalition unter der Führung der LINKEN in der Bundesrepublik. Mit dem Koalitionsvertrag „Thüringen gemeinsam voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch“ werden wichtige Projekte auf den Weg gebracht. ■